

Offener Brief an die diplomatischen Vertretungen der Französischen Republik in Deutschland, Zaid A. nicht nach Ungarn auszuliefern

In einem offenen Brief an die diplomatischen Vertretungen der Französischen Republik in Deutschland fordern das Grundrechtekomitee, die Solidaritätsgruppe family and friends, Hamburg, das Budapest Antifascist Committee und die Budapest-Solidaritäts-Gruppen Düsseldorf/NRW den Antifaschisten Zaid A. aus Nürnberg nicht nach Ungarn auszuliefern.

Der Offene Brief im Wortlaut:

An die

Französische Botschaft in Berlin
Pariser Platz
10117 Berlin

Sehr geehrter Herr Botschafter,
sehr geehrte Damen und Herren,

seit dem 20. Januar 2025 haben sich acht junge Menschen den deutschen Strafverfolgungsbehörden gestellt, denen vorgeworfen wird, im Februar 2023 in Budapest am sogenannten „Tag der Ehre“ – einem großen europäischen Neonazi-Treffen – Teilnehmer*innen verletzt zu haben. Zaid A. ist einer von ihnen, syrischer Staatsbürger, derzeit auf freiem Fuß in Paris. Ihm droht aufgrund eines Europäischen Haftbefehls die Auslieferung nach Ungarn. Sieben der acht oben genannten Personen müssen sich aufgrund einer Anklage der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zur Zeit vor den Oberlandesgerichten in Düsseldorf bzw. Dresden wegen der oben genannten Vorwürfe verantworten.

Eine Auslieferung von Zaid A. nach Ungarn ist – trotz des Regierungswechsels - aus menschenrechtlichen, rechtsstaatlichen und humanitären Gründen nicht vertretbar. Nach den Erfahrungen anderer dort inhaftierter Antifaschist*innen drohen ihm vielmehr Isolation, Gewalt, Willkür, Rassismus und ein politisches Verfahren.

Die Transperson Maja T., die kürzlich wegen Angriffen auf Personen aus der rechten Szene in Budapest 2023 dort zu sieben Jahren Haft unter strengsten Bedingungen verurteilt wurde und seit zwei Jahren unter unmenschlichen Haftbedingungen leidet, berichtet, dass sich die Situation in der Strafhäft nicht verbessert hat. Im Gegenteil, nun ist sie in der Haftanstalt von ihren Mitgefangenen vollständig isoliert.

Vor dem Oberlandesgericht Dresden berichtete Tobias A. im Juni 2026 von entwürdigenden Haftbedingungen in Ungarn (<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1200253.antifaschismus-antifa-ost-angeklagter-schildert-entwuerdigende-haft-in-ungarn.html>). Er hatte dort seit seiner Verhaftung am so genannten „Tag der Ehre“ im Februar 2023 insgesamt 22 Monate in verschiedenen Gefängnissen verbracht und erlebte dort Willkür, Gewalt und fehlende Hygiene.

Eklatante rechtsstaatliche Mängel zeigten sich vor allem in dem Strafprozess gegen Maja T., der am 21. Februar 2025 am Landgericht in Budapest begann: Das angedrohte Strafmaß reicht in Ungarn bis zu 24 Jahre Haft, teilweise sind notwendige Akten für die Verteidigung nicht ins Deutsche übersetzt worden und es ist zu befürchten, dass aufgrund seiner syrischen Nationalität rechtsstaatliche Mängel beim Strafverfahren auftreten.

Zaid A. hat als syrischer Staatsbürger internationalen Schutz gemäß Genfer Flüchtlingskonvention erhalten und muss deshalb in der Europäischen Union besonders geschützt werden. Er hat soziale Bindungen nach Deutschland, wo Eltern und Geschwister leben, und seinen derzeitigen Lebensmittelpunkt in Frankreich.

Aufgrund seiner syrischen Staatsbürgerschaft droht ihm mit einer Auslieferung eine Kettenabschiebung von Ungarn nach Syrien. Die Situation in [Syrien ist auch nach dem Sturz des Assad-Regimes weiterhin sehr angespannt](#) und unsicher. Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl und amnesty international warnen aktuell eindringlich vor Abschiebungen nach Syrien und bezeichnen die Situation dort als instabil und gefährlich.

Es steht zu befürchten, dass Zaid A. als syrischer Staatsbürger in Ungarn insbesondere rassistischer Diskriminierung durch das Gefängnispersonal und die Mitinsassen sowie durch Staatsbedienstete ausgesetzt sein wird.

Wir appellieren an die französische Justiz, diese schwerwiegenden Einwände gegen eine Auslieferung des Nürnberger Antifaschisten Zaid A. zu berücksichtigen, ihn nicht nach Ungarn auszuliefern und ihm ein Bleiberecht in Frankreich zu ermöglichen.

Düsseldorf, Berlin, Hamburg, 23. Oktober 2026

Weitere Informationen:

<https://www.grundrechtekomitee.de/>

<https://www.basc.news/>